

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 3

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bloß ein Ideal ist, das ein paar Enthusiasten in einem fernen Lande tapfer in Wirklichkeit umzusetzen suchen, sondern eine gegenwärtige praktische Möglichkeit. Was für Kritik auch von Zeit zu Zeit an bestimmten Seiten des Sowjetlebens oder an Handlungen der Sowjetregierung auftreten mag, der Einfluß von Hammer und Sichel unter den Wählern der Arbeiterklasse geht weit über die Kreise hinaus, die von direkt kommunistischer Propaganda erreicht werden.“

Was geschehen würde, wenn die Labourregierung die Hoffnungen auf radikale Strukturreformen nicht erfüllen sollte*, das ist heute nicht vorzusehen; eine Beseitigung der bisherigen Führerschaft und ihre Ersetzung durch Vertreter eines scharfen Linkskurses ist immerhin wahrscheinlicher als eine Spaltung, die ja in erster Linie die Gewerkschaften, die Hauptträger der Labourpartei, erfassen müßte.

Das eine ist — wenn wir den Blick auf die *internationale* Bewegung richten — völlig sicher: der Sozialismus braucht die aus dem *Glauben* kommenden Kräfte so nötig wie der Mensch die Luft zum Atmen. Bloß mit den Antrieben der Interessenpolitik und des Gruppenegoismus wird er nicht mehr weit kommen, so wenig wie mit einer materialistischen Philosophie und mit bloß naturhaftem Willen zu einer neuen Gesellschaft, besonders wenn sich dieser Wille mit dem modernen Aberglauben an äußeren Fortschritt und an die Wunderwirkungen von Technik und Wissenschaft verbindet. Das gibt immer nur „verhinderte Kapitalisten“, niemals aber wirkliche Sozialisten. Die neue sozialistische Ordnung wird, wie die das Völkerchaos überwindende Weltgemeinschaft überhaupt, zuletzt nur aus dem schöpferischen Geist geboren werden.

11. März 1946.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

«Keine Staatskrise?» Die Träger der alten Schweiz sind bei der Behandlung der verschiedenen, immer bedenklicher gewordenen Affären der letzten Zeit billigen Kaufes weggekommen, oder sie glauben es wenigstens. Alle diese Fäulniserscheinungen und Zerfallsanzeichen, all diese Bereitschaft zur Selbstaufgabe und zur Opferung des innersten Lebensrechtes der Schweiz — das waren für sie nur etwas peinliche Einzelvorkommnisse, die um keinen Preis verallgemeinert werden durften, und denen beileibe keine ernstere Bedeutung zukam, etwa als Ausdruck eines tiefer sitzenden Uebels, das am Leben der Eidgenossenschaft nage, oder gar einer irgendwie kritischen Lage von Volk und Land. „Es gibt in der Schweiz keine Staatskrise!“, dekretierte kurzerhand die Neue Helvetische Gesellschaft, die mehr und mehr zur intellektuellen Schutzgarde des alten Regimes geworden ist, und die Systemsprelle nimmt das ebenso bequeme wie gedan-

* Der Chefredaktor des *liberalen* Londoner „Economist“, Crowther, hat letzthin in einer Unterredung in Zürich gesagt: „Ich fürchte nicht, unsere Labourregierung ändere zuviel an unserem Wirtschafts- und Verwaltungsregime. Ganz im Gegenteil fürchte ich, sie ändere daran nicht genug.“

kenlofe Stichwort beflissen auf und kolportiert es weiter. Für den wahrhaft patriotischen Bürger — der Bundesrat hat es ihm ausdrücklich becheinigt — sind diese ganzen Geschichten grundsätzlich erledigt; höchstens daß in der Bundesversammlung noch etwelche Nachhutsgefechte zu bestehen sind — aber von *diesem* Parlament braucht man sich ja gottlob keines ernsthaften Angriffes zu versehen.

Nur sind leider Tatsachen eigensinnige Dinger, die sich auch durch Totschweigen und Ableugnen nicht aus der Welt schaffen lassen. Die schweizerische Krise besteht eben dennoch, und sie ist nicht nur eine Staats- und Regimekrise, sondern eine eigentliche *Existenzkrise*, in dem Sinne, daß wir ganz deutlich in eine Zeit eingetreten sind, die *Entscheidungen* von uns verlangt. Wenn die herrschenden Schichten das nicht wahr haben wollen — das Volk spürt es allmählich doch, wenn auch noch unklar. *Ein* Symptom dafür war die Abstimmung vom 10. Februar über den Verkehrsartikel, bei der sich das widersinnige Schauspiel zutrug, daß viele Zehntausende von Bürgern ihre Opposition gegen das geltende *politische* Regime dadurch bekundeten, daß sie den Nutznießern des herrschenden *Wirtschaftsregimes* zu einem billigen Triumph verhalfen. Die Befürworter einer „Rückkehr zur freien Wirtschaft“ — von der ja im Ernst überhaupt keine Rede sein kann — haben denn auch nicht verfehlt, aus diesem „Volksurteil“ wacker Kapital zu schlagen.

Neue Affären Inzwischen sind zu den alten Affären in der Berichtszeit noch ein paar neue gekommen. So der *Prozeß* wegen des Militärunglücks bei *Hemishofen*, das zehn Soldaten das Leben kostete, für das aber nach dem Befunde des Militärgerichts, trotz offenkundigem Versagen des Apparats, niemand verantwortlich ist, weder die beteiligten Offiziere noch irgendwelche höheren Stellen. Das Regime der vollendeten Verantwortungslosigkeit! Irgendein kleiner Sünder von Soldat wird beim geringsten Vergehen gegen Disziplin oder Reglement hart angefaßt; die Herren Offiziere aber sprechen sich gegenseitig von Schuld und Strafe frei. Kein Wunder, daß das Wort von den Krähen, die einander nicht die Augen aushacken, heute zu den populärsten in der Schweiz gehört. Schade ist allerdings, daß man so einfache Justiz wie im Fall *Hemishofen* nicht auch in demjenigen des Hauptmanns *Béguin* üben konnte. Die Camaraderie funktionierte zwar auch da zuerst tadellos; solange es irgendwie ging, deckten diesen dunklen Ehrenmann und strammen Fröntler seine Freunde und Vorgesetzten zu hundert Prozent, stellten ihm glänzende Führungs- und Charakterzeugnisse aus und ließen ihn gegen wehrlose Internierte, darunter auch Russen, hemmungslos wüten. Erst als der Kommandant des Lagers Wauwil an seinen Moorfoldaten und wer ihm sonst in die Hände fiel regelrechte Betrügereien beging, mußte man ihn fallen lassen und zuletzt sogar ein bißchen verurteilen. Wie viele *Béguins* laufen aber sonst noch in der Schweiz herum, hochgeachtet und geehrt, nur weil sie nicht gerade mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten sind?

Die Basler „Arbeiterzeitung“ weist in diesem Zusammenhang auf jenen dringlichen Bundesratsbeschluß hin, der jeden Schweizerbürger, der mehr als vierzehn Tage arbeitslos war, zur „freiwilligen“ Leistung von Militärdienst verpflichten konnte. Die Folge war, „daß neben ehrlichen Arbeitern, die arbeitslos waren und deshalb Dienst leisten mußten, sozusagen alle *verkrachten Existenzen* der Schweiz sich in der Armee an sammelten. Solche verkrachten Existenzen gab es vom HD-Soldaten bis zum Obersten. Sie waren meistens jahrelang ununterbrochen im Dienst, sie bekamen plötzlich eine große Machtfülle zugesprochen, und sie verloren jedes Maß der Verantwortung gegen sich selbst und gegenüber ihren Mitmenschen... Möglichst wenig Arbeit, dazu selbstverständlich viel Wein, Weib und Gefang, das war die Lebensmaxime dieser Leute. Im Zivilleben hatten sie es so getrieben, warum sollten sie es im Militär nicht ebenfalls weiter so treiben?“ Nach dem gleichen Blatt gehört in diese Kategorie auch ein Sohn des Generals, der Oberst Henri Guisan. Von anderen Dingen abgesehen habe er — dank seinen Beziehungen zum Höchstkommmandierenden — seine Hände in allerhand dubiose Geschäfte stecken können, die den Staat unglaubliche Summen gekostet hätten, ein Oelbohrungsunternehmen

bei Yverdon allein eine Million Franken; dazu kamen dann Beteiligungen an Waffenlieferungen nach Deutschland, an den berühmten Barackenbauten für die SS. und ähnliche Dinge. Wiederum nur *ein* Müfterchen aus dem Betrieb, der sechs Jahre lang unter dem Schutze der Zensur im Schweizerland florierte!

Der Strahlenglanz um das Haupt von Henri Guisan *senior* verblaßt übrigens allmählich auch etwas, nicht zuletzt seit man weiß, daß der General es war, der wiederholt die *Vorzensur* über die Presse verlangte, und daß schon alle Vorbereitungen getroffen waren, um in jede Redaktionsstube hinein einen Militärzenzor zu setzen und so auch den letzten Schein der Pressefreiheit gründlichst zu zerstören. Dazu kommt nun neuerdings noch die Aufdeckung der Verbindung zwischen General Guisan und dem deutschen SS.-Führer Schellenberg, die der Bundesrat, seiner Gepflogenheit getreu, solange dem Volke verschwieg, bis sie dann sonst herauskam. Die bedenkliche Figur des Obersten Masson, von dem man weiß, daß er zu den schärfsten Militaristen und Gegnern der Demokratie gehörte, ist wohl durch die jüngste Veröffentlichung des Bundesrates über die „Nachrichtenlinie“ Masson-Schellenberg nur ganz ungenügend ins Licht gestellt worden. Auch ist immer noch ungeklärt, welche Rolle General Guisan bei der Eingabe der 200 Kapitulanten gespielt hat; von Bundesrat von Steiger scheint indessen nach der Aussage des Anwalts eines der Haupturheber der Eingabe festzustehen, daß er „die Richtigkeit der in der Eingabe vertretenen Ansichten ohne weiteres anerkannt“ hat. Woran gewiß niemand zweifelte! Wie will man aber angesichts all dieser Enthüllungen — die, wie gesagt, nur einen kleinen Zipfel des großen Vorhangs weggezogen haben, hinter dem sechs Jahre lang die Schweiz gerettet wurde — noch immer die Vorstellung aufrechterhalten, die Träger des herrschenden Systems hätten die Freiheit und die Demokratie gegen den Nazismus verteidigt?

Die Armee- frage

Die Frage nach dem Recht und dem Ausmaß der schweizerischen Kriegsrüstungen reißt ja überhaupt allmählich einer grundsätzlichen Entscheidung entgegen. Vorderhand wird sie von Parteien und Behörden freilich nur vom Standpunkte der *Zweckmäßigkeit* aus behandelt. Denn die lächerlich geringfügige Kürzung des Monstre-Militärbudgets von 820 Millionen Franken um ganze 36 Millionen, welche aus der Arbeit der berühmten Sparkommission hervorgegangen ist, stellt ja nur einen allerersten Taftversuch rein praktisch-finanzieller Art dar, der aber vor einer prinzipiellen Stellungnahme auf die Dauer nicht schützt. Eine solche wird aus zwei Gründen notwendig werden. Einmal weil die umfassende Aufrüstung, wie sie vom Militärdepartement und von der Offiziersgesellschaft „auf Grund der Lehren des zweiten Weltkrieges“ betrieben wird und auf dem Boden der militärischen Weltanschauung betrieben werden *muß*, alle wirkliche Sozialreform zu lähmen und die Demokratie zu ersticken droht. Daß insbesondere eine anständige Alters- und Hinterbliebenenversicherung mit Monatsrenten von auch nur 200 Franken (für alleinstehende Personen) als völlig „untragbar“ erklärt wird, während für die Kriegsrüstung eine halbe Milliarde Franken und mehr im Jahre als selbstverständliches Minimum gelten soll, das ist eine derartige Herausforderung, ein solcher Frevel, daß hoffentlich das Volksgewissen dadurch doch aufgerüttelt wird. Dies um so mehr, als — und dies ist der zweite Grund, der zu einer Lösung des Militärproblems zwingt — auch die schwerste Rüstung die Schweiz nicht davor zu schützen vermöchte, in einem neuen Krieg zusammen mit dem übrigen Europa zugrundezugehen. Arbeit für die *Verhinderung* einer solchen Katastrophe, und das heißt rück- und vorbehaltlose Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, das ist die einzige realpolitische Landesverteidigung, die der Schweiz heute noch möglich ist, auch wenn Zyniker und Pessimisten schon jetzt das Fiasko des Werkes von San Franzisko verkünden — ja, im Hinblick auf die Schwierigkeiten dieses Werkes nun erst recht. Wenn darum Bundesrat Petitpierre anlässlich der Genfer Tagung des Weltkirchenrates im Sinne unserer offiziellen Schlaumeierpolitik die Losung „Solidarität *und* Neutralität“ ausgegeben hat, so ändert das nicht das mindeste daran, daß die Schweiz eben doch früher oder später

vor die Frage gestellt werden wird: Solidarität oder Neutralität? Festhalten an der Fiktion einer Landesverteidigung aus eigener militärischer Kraft oder Eingliederung in das System kollektiver Friedenssicherung, das jetzt aufgebaut wird? Und im Zusammenhang damit werden wir auch über das ganze Armeeproblem eine folgenreichere, wie wir glauben lebenswichtige, Entscheidung zu treffen haben*.

Die Finanz- und Wirtschaftsfrage

Auch in der inneren Politik geht es grundsätzlichen Entscheidungen entgegen. Eine gründliche Reform der *Bundesfinanzen*, deren Zerrüttung natürlich durch neue große Militärausgaben noch gesteigert werden müßte, ist nicht mehr lange zu verschieben; zehn Milliarden Bundeschulden und in diesem Jahr voraussichtlich ein neues Defizit von einer halben Milliarde — das sind Tatsachen, denen offen ins Gesicht gesehen werden muß. Harte finanzpolitische Kämpfe kündeten sich schon heute an, und Finanz- und Steuerkämpfe sind immer zugleich auch politische Machtkämpfe erster Ordnung gewesen, an denen sich manche Revolution entzündet hat.

Dazu kommen nicht weniger weittragende Entscheidungen über den Kurs unserer *Wirtschaftspolitik*, ja über unsere ganze *Wirtschaftsverfassung*. Man rechnet schon wieder ganz allgemein mit einer neuen Wirtschaftskrise größten Ausmaßes, die in wenigen Jahren fällig sei; ist aber die Schweiz darauf gerüstet, die Folgen einer solchen Erschütterung, vor allem eine neue Massenarbeitslosigkeit, auch nur in dem Umfange abzuwehren, wie dies einem kleinen, vom Gang der Weltwirtschaft aufs stärkste abhängigen Land überhaupt möglich ist? Nur Leichtfinn könnte mit Ja antworten; ein Nein käme der Wahrheit sicherlich näher. Daß die vielberedeten neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung als Grundlage für eine gemeinwirtschaftliche Konjunkturlenkung und eine wirkliche Krisenbekämpfung völlig unzulänglich sind, dürfte von vornherein klar sein. Aber auch die — zum Beispiel von Nationalrat Dr. Max Weber geforderte — Aufstellung einer Art von Fünfjahresplan wird dafür nicht genügen, solange die Wirtschaftsplanung auf dem Boden des *Kapitalismus* verflucht werden soll. Vielmehr wird eine planmäßige Neugestaltung der schweizerischen Wirtschaftsverfassung aus *sozialistischem* Geiste zur Notwendigkeit werden, wenn wir das Krisenproblem lösen wollen. Und wir werden es lösen *müssen*, schon deshalb, weil unsere Demokratie eine längere Zeit großer Arbeitslosigkeit und allgemeiner Wirtschaftsstockung kaum überleben könnte.

Hemmungen und Halbheiten

Um so seltsamer mutet es an, daß die vor nunmehr drei Jahren von der Sozialdemokratischen Partei und vom Gewerkschaftsbund mit großem Schwung eingeleitete Initiative für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit, die einen Anfang zur Durchsetzung einer demokratischen Plan- und Gemeinwirtschaft darstellen sollte, anscheinend fast völlig in Vergessenheit geraten ist. Am jüngsten Kongreß des *Gewerkschaftsbundes* mußte ein Extravorstoß gemacht werden, damit auch nur in einer Resolution — und man weiß, was solche Resolutionen wert sind — wieder einmal an dieses Volksbegehren erinnert wurde. Aber was für Taten will man auch von einem Gewerkschaftsbund erwarten, der sich — ebenso wie so mancher seiner Einzelverbände — gegen jede „Infizierung“ mit sozialistischem Geist entsetzt wehrt, und dem eine „Neue Zürcher Zeitung“ gönnerhaft bescheinigen durfte, viele seiner Vertrauensleute bekleideten eben „zu verantwortungsvolle Aemter, als daß unüberlegter Doktrinarismus heute tiefe Wurzeln schlagen könnte“? Wie anders tönte es da beispielsweise aus dem Munde des Präsidenten des *britischen* Gewerkschaftsbundes, Edwards, der an dessen letztem Kongreß ausrief: „Es kann keinerlei Entschuldigung für Untätigkeit oder Kompromiß geben. Die lebenswichtige Aufgabe der Re-

* Es darf wohl wieder an die von der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit herausgegebene kleine Schrift „Neutralität oder Solidarität?“ erinnert werden. (Preis 70 Rp. Zu beziehen von der Pazifistischen Bücherstube, Gartenhofstr. 7, Zürich.)

gierung (die ja von den britischen Gewerkschaften mit aller Kraft unterstützt wird; H. K.) besteht darin, auf nationalem wie internationalem Boden die *sozialistischen Grundsätze* in Gesetzgebung und Verwaltung zugunsten und im Namen der großen Masse der Menschheit aufzustellen und anzuwenden.“ Solcher Geist wäre auch der Führung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung zu wünschen!

Erst recht aber wäre mehr Konsequenz und Entschiedenheit jener „*theologischen Arbeitsgemeinschaft*“ angestanden, die im Namen von 140 reformierten Pfarrern eine öffentliche Erklärung zum wirtschaftlich-sozialen Problem erlassen hat. Eine Anzahl ihrer tatsächlichen Feststellungen verrät zwar eine erfreulich klare Einsicht in das herausfordernde Unrecht der kapitalistischen „Ordnung“, so daß sich die „*Neue Zürcher Zeitung*“ zu zweien Malen genötigt gesehen hat, diesen sozialökonomisch so bedauerlich wenig rechtgläubigen Theologen eine ernsthafte Rüge zu erteilen. Aber das kann trotzdem nicht über die Tatsache hinwegsehen lassen, daß der positive Teil der Erklärung, der im Geiste Röpkes gegen eine „Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft“ polemisiert (die in der Schweiz *niemand* fordert) und im Abschluß von Gesamtarbeitsverträgen zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“, also offenbar in der Schaffung sogenannter Berufsgemeinschaften, die der Schweiz allein angemessene Lösung der sozialen Frage sieht —, daß dieser Schluß der Kundgebung hoffnungslos hinter allen *wirklichen* Notwendigkeiten unserer Lage zurückbleibt und die ganze Aktion damit zu einem Schlag ins Wasser macht. Wer so elegant am Entscheidenden vorbeikommt, das sich jetzt in unseren Weg legt, an der *Eigentumsfrage*, wer sich mit der billigen Warnung vor dem sozialistischen „Totalstaat“ um die Pflicht herumdrückt, am Aufbau einer Wirtschaft mitzuhelfen, die Sache des *Volksganzen* ist und deren beherrschende Machtmittel darum auch in den *Besitz* der Volksgemeinschaft kommen müssen, der kann — doppelt wenn er vom Evangelium aus an unsere wirtschaftlichen und sozialen Nöte herantritt — gewiß nicht beanspruchen, ein wegleitendes Wort „zum wirtschaftlich-sozialen Problem“ in unsere Zeit hinein zu sagen.

Lichtblicke Zum Schluß darf aber doch auch noch zweier verheißungsvoller Tatsachen aus dem schweizerischen Geschehen der letzten Wochen gedacht werden. Die eine ist der Erfolg, den die Forderung *gleichen politischen Rechtes für Mann und Frau*, also des Frauenstimmrechts, in einigen kantonalen Volksvertretungen — besonders denen von Zürich, Baselstadt und -land sowie Genf — errungen hat oder zu erringen im Begriffe steht. Die verkrampfte Selbstzufriedenheit unserer Männerdemokratie scheint allmählich doch erschüttert zu werden! Und die andere erfreuliche Erscheinung: in der *Waadt*, die bis vor kurzem einer der konservativsten Kantone war und in dem eine besonders bössartige Reaktion noch heute ihren Sitz hat (Mussolini ist nach wie vor Ehrendoktor der Universität Lausanne), ist bei den Regierungsratswahlen die vereinigte Opposition der Sozialdemokratie, der Partei der Arbeit und der Bauernpartei so nahe an die herrschende freisinnig-liberalkonservative Koalition herangekommen, daß ihr von Rechts wegen drei von den sieben Sitzen gehörten. Nur das Mehrheitswahlsystem hat es noch einmal bewirkt, daß die Vertretung der Linken auf einen einzigen Mann beschränkt bleibt. Und es ist kein Zufall, daß dieser Mann gerade unser Freund Arthur Maret ist, der Präsident der weltlichen Religiössozialen, ist es doch größtenteils *sein* Verdienst, daß Sozialdemokratie und Partei der Arbeit in Lausanne und in der *ganzen* Waadt — in noch umfassenderer Weise als diesmal bei den Gemeindewahlen in Zürich — trotz allen Gegensätzen immer wieder zu gemeinsamer Aktion zusammengebracht werden konnten. Sollte das gleiche nicht auch in der übrigen Schweiz möglich sein? Und sollte nicht die waadtländische Volksfront ein Hinweis auf den Weg sein, der in der ganzen Eidgenossenschaft zu einer neuen Volks- und Regierungsmehrheit führen kann?

12. März 1946.

Hugo Kramer.